

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

9.9.1931 (No. 209)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A. Meub, Karlsruhe

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A. Meub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbestednungsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Die preussischen Sparberatungen vor dem Abschluss

BRN. Berlin, 9. Sept. (Priv.-Tel.) Das preussische Staatsministerium ist heute vormittag zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, in der die Beratungen, die mit der zu erwartenden preussischen Notverordnung zusammenhängen, nach Möglichkeit zum Abschluss gebracht werden sollen. Bekanntlich hat das Kabinett sich hiermit bereits in den letzten Wochen mehrfach beschäftigt, und es ist in einer ganzen Reihe von Fragen auch bereits zu Lösungen gekommen, die geeignet sein dürften, der schwierigen Finanzlage des Landes und der Gemeinden Rechnung zu tragen. Immerhin wurde eine Reihe von schwierigen Problemen zurückgestellt; hierzu gehört z. B. die Frage der Lehrerbesoldung. Es ist auch in den Referentenbesprechungen, die inzwischen stattgefunden haben, nicht gelungen, eine Übereinstimmung in all diesen Dingen herbeizuführen. Deshalb wird das Staatsministerium heute über entscheiden müssen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Veröffentlichung der großen preussischen Notverordnung bereits heute erfolgt. Eher ist anzunehmen, daß Preußen zunächst die Notverordnung der Reichsregierung abwartet und seine Separation inzwischen bereits in den Punkten durchführt, in denen sie ohne gesetzliche Grundlage möglich ist.

Internationaler Kongress für Eisenbahngütertarifffragen

BRN. Amsterdam, 9. Sept. (Tel.) In Scheveningen wurde gestern ein internationaler Kongress für Eisenbahngütertarifffragen unter dem Vorsitz des Oberbetriebschefs der Schweizerischen Bundesbahnen, Matter, eröffnet. An dem Kongress nahmen Vertreter Deutschlands, Dänemarks, Frankreichs, Belgiens, Italiens, der Schweiz, Jugoslawiens, Ungarns, Polens, Österreichs, Hollands und der Tschechoslowakei teil. Die Verhandlungen dienen hauptsächlich dem Zweck, Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen, die sich bezüglich der Auslegung des internationalen Reglements ergeben haben, zu klären und nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen.

Die Abrüstung vor dem Völkerbund

Eine deutsche Note

Als erster Redner bei Eröffnung der politischen Aussprache des Völkerbundes nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die, wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Nulldatationspunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandi sprach sich sehr bestimmt dafür aus, daß die Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 ihre Arbeiten beginne, und regte in der Zwischenzeit und bis zum Abschluß dieser Arbeiten eine Art Nützungsfällmaß an.

Von deutscher Seite liegt dem Völkerbund eine Note des Reichsaußenministers Dr. Curtius am Sitz der deutschen Delegation ein. Es wird darin unterstrichen, wie gering die Nützungen Deutschlands im Vergleich zu denjenigen anderer Staaten sind, und wie sie sogar erheblich hinter dem zurückbleiben, was selbst der Versailles Vertrag uns erlaubt.

Von den übrigen Mächten haben bisher Amerika, Belgien, Frankreich, England, Holland und neuerdings auch Italien auf die Anfrage des Generalsekretärs geantwortet. Mit Ausnahme von Frankreich haben alle diese Staaten ebenso wie Deutschland ihren Nützungsstand bekanntgegeben. Frankreich hat noch keine sachlichen Mitteilungen gemacht, sondern sich auf eine politische Polemik beschränkt, die darauf hinausläuft, daß eigentlich nur Deutschland abzurüsten habe. Das ist natürlich ein Waden, auf dem die Reichsregierung unter gar keinen Umständen treten kann. In diesem Zusammenhang ist schließlich noch von Interesse, daß die Sowjetunion die Mitteilungen über ihre Nützungen bereits vor der Umfrage des Generalsekretärs geliefert hat, aber unter der Bedingung, daß keine Veröffentlichung erfolge. Darauf hat Polen sich geweigert, seinen Militarismus bekanntzugeben.

Die französische Presse zur Abrüstungsrede Grandis

BRN. Paris, 9. Sept. (Tel.) Die gestrige Rede des italienischen Außenministers Grandi in Genf findet in der französischen Presse große Beachtung. Einheitslich wird die Gemeinlichkeit der italienischen These in der Abrüstungsfrage mit der angelsächsischen festgehalten, wie auch der Gegensatz zum französischen Standpunkt.

Das badische Notgesetz und die Finanzlage Badens

Rede des Finanzministers Dr. Mattes in der Landtagsitzung vom 8. September

Finanzminister Dr. Mattes führte aus: Das badische Notgesetz zum Ausgleich des Staatshaushalts ist kurz vor dem Höhepunkt der deutschen Wirtschaftskrisis in diesem Sommer erlassen worden. Das Notgesetz datiert vom 9. Juli, die Banatbank hat ihre Schalter am 18. Juli geschlossen. Schon dieser zeitliche Zusammenhang beweist, daß dieses Notgesetz in einer außerordentlichen Notzeit erlassen worden ist.

Wenn das Notgesetz trotzdem die Öffentlichkeit gänzlich unvorbereitet und überraschend traf, so war dies allein durch die Tatsache verursacht, daß die Krisis sehr viel rascher heranwuchs, als die Menschen sie erkannten und verstanden. Die Notverordnung des Reiches vom 5. Juni 1931 war erst wenige Wochen vorher erlassen. Sie war von einem Aufruf der Reichsregierung begleitet, in dem es hieß:

„Nach dem besten Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.“

Dieses Ziel war, den Reichetat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht zu bringen, dagegen erwähnte der Aufruf der Reichsregierung die Staatsvoranschläge der Länder nicht, deren Ausgleich und Zukunft die Reichsregierung auch in der 3. Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Selbsthilfe der Länder überließ. Die Öffentlichkeit hatte dies nicht beachtet, sondern betrachtete diese Notverordnung für längere Zeit als letzte einschneidende politische Maßnahme und beruhigte sich dabei; sie übersah, daß das Reich nur seine eigenen Finanzen saniertere, und daß der im Juni sehr rasch fortschreitende Kapitalabzug durch das Ausland die Grundlagen der Wirtschaft und damit alle finanzwirtschaftlichen Berechnungen neu und in rasch fortschreitender Weise erschütterte. Erst im Juli d. J. hat das deutsche Volk voll erkannt.

welch ungeheure Gefahren für den Bestand der Wirtschaft und die Unabhängigkeit eines Volkes eine solche kurzfristige Auslandsverschuldung in sich schließt.

Aus diesem Kapitalabzug des Auslandes und der damit verbundenen erneuten Verschärfung der Wirtschaftskrisis sind in erster Linie die großen Gefahren für die Finanzwirtschaft des badischen Landes herausgewachsen, die die Erlassung des Notgesetzes vom 9. Juli erzwangen. Diese Gefahren und die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1930 äußerten sich zunächst und am stärksten

bei den Reichsteuerverweisungen.

Im Jahre 1930 erhielt das Land Baden an Reichsteuerverweisungen rund 108,5 Millionen Reichsmark. Am 22. Juni d. J. teilte das Reichsfinanzministerium die im Jahre 1931 an Reichsteuern zu erwartenden Beträge mit. Danach sollte das Land Baden im Jahre 1931 91,8 Millionen Reichsmark oder gegenüber dem Vorjahre 16,7 Millionen Reichsmark weniger erhalten. Nachdem schon das Rechnungsjahr 1930 einen Fehlbetrag von 5,5 Millionen Reichsmark ergeben hatte, bedeutete dieser weitere Rückgang der Reichsteuerverweisungen eine solche starke Erschütterung des badischen Staatshaushalts, daß Notmaßnahmen sofort notwendig wurden. Leider muß schon heute festgestellt werden, daß die Mittelungen des Reiches vom 22. Juni d. J. über die zu erwartenden Steuereingänge viel zu optimistisch sind. Von den Reichsteuerverweisungen des Jahres 1930 in Höhe von 108,5 Millionen Reichsmark brachten die Monate April bis einschließlich Juni 27.950.000 Reichsmark oder 25,8 Proz. des Jahresaufkommens. Nimmt man an, daß im Jahre 1931 die ersten drei Monate des Rechnungsjahres, also April bis Juni, denselben hundertteiligen Anteil des zu erwartenden Jahresaufkommens bringen sollen, dann hätten die Reichsteuerverweisungen an Baden für die Monate April bis Juni und 23,7 Millionen Reichsmark betragen müssen; in Wirklichkeit haben wir

im ersten Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres nur 20,6 Millionen oder rund 3% Millionen Reichsmark weniger erhalten.

als wir nach den erwähnten Mitteilungen hätten erhalten sollen. Werden die Reichsteuerverweisungen im laufenden Jahr wie im ersten Vierteljahr, dann haben wir nicht 91,8 Millionen Reichsmark, wie uns das Reich mitgeteilt hat, sondern nur 80 Millionen, also 11,8 Millionen Reichsmark weniger zu erwarten. Der

Rückgang der Reichsteuerverweisungen gegenüber dem Jahre 1930 würde dann etwa 28 Millionen Reichsmark betragen,

von denen das Land etwa 20 Millionen und die Gemeinden etwa 8 Millionen zu tragen hätten. Diese wenigen Zahlen genügen, um zu zeigen, daß die Länderfinanzen heute vollkommen von dem Schicksal der Reichsteuern abhängig sind und daß der starke Rückgang der Reichsteuerverweisungen ganz überwiegend zu Lasten der Länderfinanzen geht, während die Gemeindefinanzen davon viel weniger berührt werden. Zu dem Rückgang der Reichsteuern kam der Landessteuern und die Unrentabilität der Forstwirtschaft durch den Zusammenbruch der Holzpreise.

Diese Finanzlage zwang die Regierung, allen Möglichkeiten zur Schaffung des Ausgleichs im Staatshaushalt nachzugehen. Dabei zeigte sich sofort, daß ein wesentlicher Teil der in normalen Zeiten gangbaren Wege teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen versperrt ist.

Eine Erhöhung der großen Landessteuern ist nicht mehr möglich.

für die Grund- und Gewerbesteuer hat dies die Reichsregierung verboten, die Gebäudesteuer kann aus tatsächlichen Gründen nicht mehr erhöht werden; alle anderen badischen Steuern bringen nur so geringe Beträge, daß sie für die Deckung eines so großen Defizits nicht in Frage kamen. Eine Erhöhung der Fleischsteuer ist aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht durchführbar. Ebenso wenig wie auf die Schaffung neuer Steuern konnte man im Juli auf die Aufnahme neuer Kredite rechnen. Nach dem Privatnotenbankgesetz darf die Badische Bank nur so viel Staatskredit geben, als sie Kapital und offene Reserven hat. Dieses Kreditvolumen war bereits am 1. Juli d. J. erschöpft, neue Kreditgeber standen Anfang Juli schlechthin nicht zur Verfügung. Daraus ergab sich aber zwangsläufig, daß es das Ziel unserer Finanzpolitik sein muß, einen vollkommenen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Das Eingehen von neuen Schulden für laufende Bedürfnisse mußte im Juli auch deshalb abgelehnt werden,

weil seit dem 31. März 1931 der Schuldenstand des badischen Landes von 136,37 Millionen Reichsmark auf 142,42 Millionen Reichsmark, also um rund 6 Millionen Reichsmark gestiegen ist.

Ausgaben, die für die Gehaltszahlungen und für die Minderbauten in Freiburg gemacht werden mußten. Es war ganz klar, daß in der Zeit, in der das Deutsche Reich die größte Kreditkrise seit seinem Bestehen erlebte, in dem Plan einer Sanierung unserer Staatsfinanzen Kreditaufnahmen als Mittel ausscheiden mußten. Auch ein anderer, der Regierung wiederholt vorgeschlagener Weg, nämlich

der Verkauf von Vermögenswerten, war unmöglich.

Obwohl die Vermögenslage des badischen Staates absolut gesund ist und für die dem badischen Staat gegebenen Kredite jede mögliche Sicherheit besteht, muß heute bei der Sanierung der Staatsfinanzen auch der Verkauf von Vermögenswerten in Betracht kommen, denn ein solcher Verkauf würde eine nicht zu verantwortende Verschleuderung von Staatsvermögen bedeuten. Außerdem ist bei diesen Vor schlägen, Staatsvermögen zu verkaufen, vollkommen bekannt worden, daß ein großer Teil des Staatsvermögens teils aus rechtlichen, teils aus sachlichen Gründen überhaupt nicht verkäuflich ist. Der größte Vermögensbesitz des badischen Staates sind seine Domänen und Wälder mit 228 Millionen Reichsmark Wert.

Diese dürfen aber nach § 35 der badischen Verfassung nur mit Zustimmung des Landtags verkauft werden, ganz abgesehen davon, daß ihr Verkauf aus staatspolitischen Gründen gar nicht in Frage kommt. Die staatlichen Gebäude im Werte von 112 Millionen Reichsmark und die staatlichen Anstalten im Werte von 46 Millionen Reichsmark sind zum größten Teil für die staatlichen Bedürfnisse notwendig und können deshalb gar nicht entbehrt werden. Für den Verkauf kamen nur die wirtschaftlichen Beteiligungen und ausgeliehenen Darlehen des Staates in Höhe von 166,5 Millionen Reichsmark in Frage. Der größte Teil hiervon, nämlich 95 Millionen Reichsmark, sind Wohnungsbaudarlehen, die ein gewisses Risiko in sich schließen, weil sie als letzte Hypothek gegeben sind. Ein Käufer für diese Wohnungsbaudarlehen dürfte deshalb heute überhaupt nicht zu finden sein. Die 18 Millionen Reichsmark Darlehen an wirtschaftliche Unternehmungen sind zum größten Teil langfristige und können nicht gekündigt werden. So sind der einzige Vermögenswert, der tatsächlich verkauft werden könnte, die im Besitz des badischen Staates befindlichen Aktien.

Daß der Verkauf von Aktien sowohl im Juli wie heute eine Verschleuderung von Staatsvermögen wäre, braucht nicht weiter bewiesen zu werden.

Wer heute einem Lande rat, durch Verkauf von Vermögenswerten die Sanierung seiner Maßnahmen durchzuführen, der verrät damit nur eines, nämlich eine völlige Unkenntnis über unsere Lage und die finanzwirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Mit dem Verkauf von Vermögenswerten kann man einen vorübergehenden einmaligen Fehlbetrag decken, dagegen niemals einen dauernden Mangel ausgleichen. Darüber kann aber doch heute kein Zweifel mehr bestehen.

Daß der Rückgang unserer Einnahmen eine Dauererscheinung auf viele Jahre hinaus sein wird,

Das Finanzministerium ist nicht der Meinung, daß alle bisherigen wirtschaftlichen Beteiligungen des Staates dauernd in Staatsbesitz bleiben müssen. Aber ein Verkauf kommt nur dann in Frage, wenn er ohne Vermögensverlust durchgeführt werden kann. Kommt ein solcher Verkauf einmal zustande, dann ist der Erlös nicht zur Deckung laufender Bedürfnisse, sondern nach den Grundfahen gesunder Finanzwirtschaft zur Zahlung unserer kurzfristigen Schulden zu verwenden, da, wie die Erfahrung der Gegenwart ja deutlich genug gezeigt hat, kurzfristige Schulden eine dauernde Bedrohung der Ordnung in der Staatswirtschaft bedeuten. — Auch die wenigen sonstigen Vorschläge zur Vermeidung des Notgesetzes sind nicht durchführbar. Zur Vermeidung des Notgesetzes haben sich um die Frage, wie man das Notgesetz hätte vermeiden können, überhaupt nicht gekümmert.

Auch die Stellungnahme des badischen Städteverbands und Städtebundes in seiner Eingabe an den Landtag zu dieser Frage ist sehr schwach.

(Fortsetzung in der Beilage.)

* Die Politik der badischen Regierung

Im Juni dieses Jahres wurde das badische Kabinett auf der Basis einer neuen Koalition neu gebildet. Diese Koalition umfaßt Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei. Staatspräsident und zugleich Justizminister wurde Dr. Wittenmann, Minister des Innern der Sozialdemokrat Emil Maier, Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Schmitt, und Finanzminister Dr. Mattes von der Deutschen Volkspartei. Die neue Regierung trat bereits kurz, nachdem sie ihr Amt übernommen hatte, mit einem tiefgreifenden Notgesetz, dem dann noch zwei weitere folgten, vor die Öffentlichkeit.

Das Notgesetz vom 9. Juli erweckte bei den von den Sparmaßnahmen Betroffenen, d. h. in erster Linie bei den Beamten und den Gemeinden, mehr als lebhaften Widerspruch. Die Regierung konnte demgegenüber mit gutem Gewissen und allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sie pflichtvergeben gehandelt hätte, wenn sie die Dinge hätte laufen lassen. Die Beamtenschaft gewann mit der Zeit auch ihrerseits die Überzeugung, daß die Sparmaßnahmen der Regierung, so hart sie auch sein mochten, von einer drückenden Notlage diktiert waren. Und die Städte und Gemeinden wurden durch die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten „Zur Sicherung der Haushalte“ darüber belehrt, daß die Sparpolitik Badens durchaus den Intentionen der Reichsregierung entsprach. Reichsfinanzminister Brüning hat in seiner Stuttgarter Rede mit anerkennenden Worten unserm Lande und seiner Regierung den ernstesten und festen Willen bescheinigt, aus eigener Kraft die Finanzen in Ordnung zu halten.

Noch eine andere Tatsache bewies diesen ernstesten Willen, nämlich die Einsetzung einer Sparkommission zur Ausarbeitung eines besonderen Spargutachtens. Die badische Regierung und der Badische Landtag waren so vernünftig, nicht auf das Erscheinen eines Reichsparkommissars zu warten. Sie gingen selbst an die Arbeit. Und man darf, wie das auch in der Regierungserklärung geschieht, der Sparkommission bestätigen, daß sie eine sehr fleißige und sehr dankenswerte Arbeit geleistet hat. Selbstverständlich ist der Bericht dieser Kommission nur ein Gutachten. Gerne werden Regierung und Landtag so manche Anregung weiterverfolgen. Ja, die Regierung hat es schon zum Teil getan. In anderen Punkten wieder wird man dem Rate des Spargutachtens nicht oder zunächst nicht folgen können. Womit jedoch noch lange nicht gesagt ist, daß nun dieserhalb weniger eingepart werden wird.

Die badische Regierung geht allenthalben von der Erkenntnis aus, daß man gar nicht sparsam genug verfahren kann. Und so ruft denn auch das Kabinett in der Regierungserklärung dem Landtag zu: „Möge die ernste und notwendige Situation gewachsenen Landtag finden, der über Richtungsfragen und Sonderwünsche hinweg nur das Allgemeinwohl im Auge hat und überall an Stellen und Personal, durch Einstufungen, Vorrichtungssperren und ferner an sachlichen Ausgaben rückhaltlos spart und kürzt.“

Eine solche Politik wird um so notwendiger sein, als bereits jetzt feststeht, daß das Notgesetz vom 9. Juli nicht ausgerichtet hat, um Einnahmen und Ausgaben in das richtige Verhältnis zu bringen. Alle Wahrscheinlichkeit

spricht dafür, daß die Einnahmen des Landes an Reichs- und Landessteuern um 8 bis 10 Millionen Reichsmark hinter den rechnungsmäßigen Grundlagen des Notgesetzes zurückbleiben werden. Und was sonst an Einnahmeausfällen noch zu erwarten ist, wird ebenfalls nicht unbedeutend sein. Mit einer finanziellen Hilfe durch das Reich ist solange nicht zu rechnen, als das Land die Möglichkeit, sich selbst zu helfen, nicht restlos erschöpft hat. Um die Zahlungsfähigkeit des Landes aufrecht zu erhalten, wird nichts anderes übrig bleiben, als durch noch weitere, einschneidende Sparmaßnahmen in den Ausgaben das Gleichgewicht im Staatshaushalt für den Rest des Rechnungsjahres 1931 herzustellen. Also entschiedenste Fortführung der Sparpolitik!

Die Regierungserklärung, die wir gestern an dieser Stelle im Wortlaut abdruckten, und deren Lektüre wir nachdrücklich empfehlen können, gibt im einzelnen sehr dankenswerte Aufschlüsse über die Situation unseres Landes. Immer wieder handelt es sich dabei um das finanzielle. Und so steht eigentlich jeder Satz der Regierungserklärung im engsten Zusammenhang mit der eben besprochenen Sparpolitik. Von besonderer Bedeutung ist die Erklärung, daß sich die Regierung wegen der Gewährung von Reichsmitteln für die Universität Heidelberg an die Reichsregierung wenden werde, da unsere Universitäten vorzugsweise von Nichtbadenern besucht werden, und da der durch die neue Grenzziehung verursachte Rückgang der badischen Einnahmen vom ganzen Volke, nicht bloß von Baden, zu vertreten ist. Das Reich wird also darum ersucht werden, in irgend einer Form die Universität Heidelberg zu betreuen. Das Land Baden kann dann der Universität Freiburg und der Technischen Hochschule Karlsruhe eine um so größere Fürsorge zuwenden.

Was nun die Tätigkeit des Landtags anlangt, so betont das Kabinett in seiner Erklärung, daß man unmöglich das ganze Spargutachten im einzelnen durchberaten könne; dazu würden Monate erforderlich sein. Deshalb könne es sich nur darum handeln, daß das Parlament grundsätzlich zu den wichtigsten Fragen Stellung nimmt und im übrigen der Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen handeln werde.

Von besonderer politischen Bedeutung ist die Erklärung der Regierung, daß sie eine staatliche Subventionspolitik zugunsten privatwirtschaftlicher Betriebe ablehne. Erfreulicherweise haben indessen Vorstellungen bei der Reichsbahn, daß trotz der besonders schwierigen Lage Badens unsere Industrie und unser Handwerk von ihr nicht genügend berücksichtigt werde, in letzter Zeit zu einigen Erfolgen geführt. Bekanntlich ist das ein schlimmes Kapitel! Wie immer wieder durch genaue statistische Berechnungen festgestellt werden mußte, wandert ein verhältnismäßig viel zu großer Teil der Reichsausgaben nach Preußen, nach dem Norden. Und der Süden hat das Nachsehen.

Im ersten Teil der Regierungserklärung stellt sich das badische Kabinett hinter die Außenpolitik der Reichsregierung. Es begrüßt besonders das Bestreben, durch persönliche Fühlungnahme mit den Staatsmännern anderer Länder gegenseitiges Vertrauen, aber auch Verständnis für die besondere Lage Deutschlands zu erwecken.

Die Regierungserklärung ist außerordentlich ernst gehalten. Sie verschweigt dem Landtag und der badischen Bevölkerung nichts. Sie macht sich nirgends der Schön-

färberei schuldig. Aber sie huldigt auch nicht einer Stimmung der Verzweiflung. Sie geht vielmehr von der Erkenntnis aus, daß keine Schwierigkeit unüberwindbar ist, wo ein fester und tatkräftiger Wille am Werke ist und sie meistert. Man darf gewiß der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Landtag die Haltung der Regierung würdigen und das Kabinett in seiner schweren und verantwortungsvollen Arbeit unterstützen wird.

Sieg der englischen Regierung

Zu Beginn der Unterhausdebatte wurde eine königliche Resolution verlesen, in der es heißt: Nach Auffassung der Minister Sir Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zusätzliche Steuern zu erheben und Abstriche an den Ausgaben vorzunehmen. Sir Majestät unterbreitet die Frage seinem treuen Unterhause zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde. Darauf hielt Macdonald eine Rede, worin er betonte, daß niemals während des ganzen Verlaufs der von Snowdon und ihm mit Zustimmung und Kenntnis der Regierung geführten Verhandlungen die Vanten sich in politische Vorschläge eingemischt hätten. Sie hätten sich lediglich darauf beschränkt, der Regierung sachverständigen Rat zu erteilen. Als der Premierminister sich für Sparmaßnahmen in allen Volksschichten einsetzte, wurde er mit der Frage unterbrochen, wie es mit ihm selbst stünde. Seine Antwort darauf lautete: Ich werde eine Reduzierung von 1000 Pfund zu tragen haben.

Nachdem der Premierminister geendet hatte, erhob sich sofort der Führer der Opposition, Henderson, und führte u. a. aus: Zwei Sparmaßnahmen könne die Opposition nicht billigen: Eine Einmischung in die Wirksamkeit der sozialen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschränkung der Arbeitslosenbezüge. Zum allgemeinen Erstaunen sprachen nach Henderson nicht etwa Baldwin oder Samuel, sondern es erhob sich Churchill, der gleich zu Anfang seiner Rede mit seinem bekannten Humor in die durch die aggressive Rede Hendersons geschaffene gereizte Atmosphäre des Hauses eine leichtere Note trug. Churchills Rede war dadurch bemerkenswert, daß sie nachdrücklich für baldige Neuwahlen eintrat. Später sprachen dann noch Baldwin und das Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, Rawson, dessen Rede außerordentlich scharf gehalten war, und der Führer der Neuen Partei, Mosley, der die von der Regierung geplanten Maßnahmen für ungenügend hielt.

Die Abstimmung im Unterhaus ergab dann 309 Stimmen für den Regierungsentwurf und 250 dagegen. Das Unterhaus hat dadurch mit einer Mehrheit von 59 Stimmen der Regierung das Vertrauen bezeugt.

Sozialdemokratie für Verständigung mit Frankreich

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD wurde u. a. eine Außenpolitik verlangt, in deren Mittelpunkt die deutsch-französische Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete stehen müsse. Ferner werden in der Entscheidung weiter u. a. ein Amt für Bankpolitik, Druck auf die Kartellpreise, Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel, Seereschiffahrt zur Durchführung der 40-Stunden-Woche, Herabsetzung der hohen Pensionen und Gehälter in öffentlichen und privaten Verwaltungen, sowie rückwärtsloser Kampf gegen den Faschismus und seiner Helfershelfer gefordert.

Thüringen hebt das Wirtschaftsministerium auf. Wie zuverlässig verlautet, wird das thüringische Wirtschaftsministerium auf Grund der dem Lande erteilten Notverordnungsbefugnis in absehbarer Zeit ausgebaut werden.

Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Magdeburg erscheinende nationalsozialistische Wochenschrift „Der Deutsche Vorwärts“ wegen Verächtlichmachung des Polizeipräsidenten auf einen Monat verboten.

Kunst in Karlsruhe

Im Badischen Kunstverein in Karlsruhe wird zur Zeit eine Ausstellung der Bilder und Graphiken des 1929 in Berlin verstorbenen Malers Ernst Oppler gezeigt. Die Ausstellung ist deshalb so besonders interessant, weil sie uns den typischen Werdegang eines der talentierten Maler der letzten Jahrzehnte vor Augen führt. Oppler begann mit der üblichen allmeisterlichen Technik, mit der Andeutung der „braunen Galeriejauche“, von der man damals noch nicht wußte, daß sie nur eine Alterspatina der Bilder früherer Jahrhunderte war, von der man vielmehr glaubte, daß sie wirklich so von den alten Meistern verwendet worden sei. Schöpfungen aus dieser seiner ersten Epoche stellen Ernst Oppler das Zeugnis eines begabten Zeichners aus, der über einen mondänen Schwung der Linie verfügt. Der Maler landete dann bald bei dem für seine Zeit charakteristischen Impressionismus. Und ihm ist er auch — von einigen Experimenten abgesehen — treu geblieben. Über den guten Durchschnitt des in Deutschland Gemalten ist er dabei niemals hinausgekommen. Besondere Publikumsfolge hatte er, weil er eine bestechende illustrative Begabung besaß, und weil er es verstand, seinen Porträts einen Anstrich von vornehmer Repräsentation zu verleihen. Soweit er es versuchte, nur schillernder Realist zu sein (vor allem in manigfachen Genreszenen), erwies sich seine maltechnische Begabung als zu engbrüstig, sie artete dann nur zu leicht in ein chaotisches Durcheinander der Farben aus. Recht effektiv sind seine in kleinerem Format gehaltenen Tücherbilder. Die berühmte Pawlowa hat er in ihrer Rolle des sterbenden Schwans mehrfach gemalt. Recht hübsch, recht illustrativ! Mehr aber auch nicht. Sein Bestes hat Oppler auf dem Gebiet der Graphik geleistet. Und eine Fülle graphischer Arbeiten von seiner Hand, die in der Ausstellung zu sehen sind, bezeugt das. Hier konnte sich sein zeichnerisches Talent am unmittelbarsten entfalten.

In den anderen Räumen des Kunstvereins sind Bilder der Karlsruher Malerin Martha Kropf und einiger Bühlerschüler zu sehen. Fräulein Kropf ist eine charaktervolle Künstlerin, die heute noch genau dasselbe Antlitz zeigt, wie vor 20 Jahren. Sie ist dem Reiz modischer Richtungen nicht erlegen. Und das ist immerhin ein Vorzug. Besonders gelungen scheint mir unter ihren Ölgemälden der „Baldweg“ zu sein. — Von den Schülern Professor Bühlers seien Hermann Tiebert und Hans Schöpfkin erwähnt. Sie beherrschen die Technik ihres Handwerks mit einer bemerkenswerten Sicherheit, einer Sicherheit, die nur durch eisernen Fleiß erworben werden kann. Aber im Ausdruck hatten ihren Schöpfungen etwas Starres, etwas Lebloses an. — Schließlich möchten wir noch Fritz Seiberlich, Karlsruhe, nennen, der mit recht guten Holz-schnitten und Radierungen vertreten ist.

E. Amend.

Rückblick und Ausblick auf die Opernspielerei des Badischen Landes theaters

Die heute beginnende Saison wird auch hier im Zeichen des schwersten finanziellen Drucks eintreten, der jemals auf dem deutschen Operntheater lastete. Überall sieht man mit einem gewissen Schüttelfrost der Angst diesem Theaterwinter entgegen, denn das Übergewicht der Zeit hemmt jede Unternehmungslust und der unumgängliche Schumpungsprozess erzwingt erneut rigorose Abbaumassnahmen und unbestimmt bleibt trotz allen weitestgehenden Opfern, welche eine Saniierungskrise zweifellos fordert, ob diese überhaupt noch gelingen kann. Dringend ist allerdings bei dem bevorstehenden Run auf die Position des deutschen Kulturtheaters den verantwortlichen Leitern zu raten, rechtzeitig und nach jeder Richtung hin die notwendigen Schritte genau vorauszufullen; und nichts wäre falscher, als sich jetzt in einem plötzlichen Verzweiflungsruch in die Loge des Märtyrers zu hüllen und statt kluger Vorbeugungsmaßnahmen die Dinge einfach der Katastrophe zu überlassen.

Soweit scheint es denn doch nicht zu sein, wenn schon die Hoffnung, das kostbare und billige Privileg der menschlichen Kreatur, diesmal äußerst gering ist und gleich in dem nahen anomalen Herbst weitere unerwartete Ereignisse, welche die Situation wieder vollkommen ändern, eintreten können. Viel steht also auf dem Spiel, das muß die Berliner Genossenschaftsleitung der Künstler, die einen den veränderten Verhältnissen einigermaßen angepaßten Tarifvertrag unter Dach und Fach zu bringen sich bemüht, ebenso gut einsehen, wie es auch der neue Leiter des Bühnenvereins, Dr. Veers, der mit ihr verhandelt, sicherlich weiß. Darüber muß sich aber auch das Badische Landes theater im Klaren sein, und es darf sich nicht nur die Frage vorlegen, wie es etwa bei der voraussichtlichen Verminderung der Einnahmen eine Konsolidierung seines Kunsttats, der bekanntlich ohnehin eine schroffe Verkürzung erfahren hat, erreicht, sondern seine zwingendste Aufgabe ist, namentlich in erster Linie seine künstlerische Existenznotwendigkeit überhaupt nachzuweisen.

Bei einem Überblick auf das in der letztjährigen Opernspielerei Gelernte, kann das nämlich nicht ohne weiteres gesagt werden, obwohl an Hand der Statistik 40 verschiedene Opernwerke herauszubringen immerhin ein ansehnliches Jahrespensum darstellen mag. Aber es fehlt an einer kräftig anregenden Initiative sowohl bei der Aufnahme neuerer Opern in den Spielplan, wie bei der wirksamen Neugestaltung von älterer Literatur. Da diese nun einmal das Rückgrat des Repertoires bildet, muß eine ganz besonders sorgfältige Vor-

bereitung unbedingt verlangt werden im sachlichen Aufbau ebenso wie in einer eigenständig überzeugenden Regieführung, vor allem jedoch beim musikalischen und solistischen Teil. Das war leider nicht jedesmal der Fall, und wenn man dann statt der erwarteten Verstärkung des Publikumsbesuches eher über Publikumschwund zu klagen hatte, so sollte das der Leitungs für die Zukunft eine Warnung sein. Denn man weiß gottlob, daß wir zur Zeit in Karlsruhe kein lüdenhaftes Ensemble besäßen, und man schäpft die einzelnen Kräfte viel zu hoch ein, um ihnen Minderleistungen zu verzeihen. Auch kann der Augenstehende zuweilen kaum einsehen, warum einige Solisten zeitweilig ganz übermäßig beansprucht werden, während andere für längere Perioden oft vollständig schlagemüde scheinen. Zweifellos sind da mitunter Fehler der Organisation unterlaufen, welche die Opernleitung zunächst selbst zu beseitigen oder abzulösen zu vermeiden hat, wozu es ihr ernsthafter Wille ist, alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu bester Geltung und Entfaltung zu bringen, aber nicht bloß einige wenige stimmgezeichnete Favoriten zu fördern. Daraus resultieren zudem Schwächen des Opernbetriebs, die wir uns heute nicht mehr erlauben dürfen, weil sie letzten Endes auch die Jugkraft lähmen und zu einer Repertoirstagnation führen, die für Wochen, ja für Monate recht eintönig zu nennen ist.

Aber die Anziehungskraft des Theaters und somit speziell der Oper, hängt eben doch von möglicher Abwechslung ab, und deshalb sind wir auch betrübt der Auswahl neuerer Werke der Meinung, Karlsruhe dürfe hier nicht hinter manchem kleineren Stadttheater zurückbleiben. Wir erlebten im letzten Jahr überhaupt keine Uraufführung, und was als Erstausführung kam, war entweder spät eintreffend oder nicht lange vorhaltend. Wenn ich davon z. B. Krenels „Leben des Orest“, das es trotzdem zu 5 Aufführungen brachte, noch einmal besonders erwähne, so geschieht es, weil in diesem Fall die Theaterleitung es überdies merkwürdigerweise an lehrhafter Propaganda fehlen ließ; man hatte nachgerade den Eindruck, sie schäme sich fast der dafür eingesetzten Arbeit. Kein Wunder, daß ich mehrfach sonst kunstinteressierte Leute beobachtet konnte, die über das Gebotene um so erstaunter waren und anderen den Besuch anrieten, nachdem es freilich vergebens war. Denn inzwischen war die Mobilität längst abgestiftet. So geht es natürlich nicht weiter mit Neuerungen am Opernmarkt, sondern man muß im Gegenteil fordern, daß das Theater, wenn es schon ein modernes Werk annimmt, auch dafür mutig eintritt und nicht feinerleits indirekt den Abglauben stützt, es sei eben mit „Reinern“ in Karlsruhe kein Geschäft zu machen. Ja, der lebhaftere Wind, den man im Zuge der Opernfolge arg vermisst, wird sich nur mittelst energischer Förderung dessen einstellen, was die Gegenwart hervorbringt. Allerdings gehört auch nicht zu leugnenden,

